



# HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2026

Plenum

## Entschließungsantrag

### Fraktion der CDU, Fraktion der SPD

**Hessen ist ein exportorientiertes Land: Das EU-MERCOSUR-Abkommen ist ein wichtiges Zeichen für ein wettbewerbsfähiges und souveränes Europa, das seine vulnerablen Teilmärkte wirksam schützt.**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass offene Märkte und ein Handel, der auf Regeln und gemeinsamen Standards basiert, für Hessen und seine Bürgerinnen und Bürger wichtige Wohlstands faktoren sind. Mit einem starken Finanzplatz Frankfurt und dem sehr gut angebundenen Luftverkehrsstandort am Frankfurter Flughafen bestehen in Hessen seit Jahrzehnten stabile und wettbewerbsfähige Standortbedingungen für exportstarke Unternehmen. Die enge Einbindung hessischer Unternehmen in die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen mit langjährigen stabilen Geschäftsbeziehungen hat erheblich zur wirtschaftlichen Prosperität und – gerade im Mittelstand – zu sehr gut bezahlten Arbeitsplätzen beigetragen. Freihandelsabkommen bzw. niedrige gegenseitige Zollabkommen garantieren zudem niedrige Preise für Verbraucher und Unternehmen und bergen für alle Marktteilnehmer Chancen und Synergien.
2. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Wirtschaft überdurchschnittlich international vernetzt ist, jährlich Waren im Wert von knapp 80 Milliarden Euro (2024) aus Hessen in die ganze Welt verkauft werden und Hessen damit einen besonders stark exportorientierten Wirtschaftsstandort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bildet. Dabei liegt die Exportquote der hessischen Industrie im Jahr 2024 bei fast einem Drittel (29,5 Prozent) mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Bereichen Pharma und Chemie (23,5 Milliarden Euro). Daneben sind auch Maschinen und Fahrzeuge bzw. Fahrzeugteile wichtige Handelsgüter (17 Milliarden Euro).
3. Der Landtag begrüßt ausdrücklich den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten, mit dem nach über 25 Jahren Verhandlung eine neue Freihandelszone mit 32 Ländern und mehr als 700 Millionen Menschen gebildet werden soll. Damit ist das Freihandelsabkommen eines der größten der Welt. Für 91 Prozent der zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten gehandelten Waren sollen die Zölle schrittweise abgebaut werden. Insbesondere für hessische Unternehmen ist Süd- und Lateinamerika ein wichtiger und wachsender Markt mit großem Entwicklungspotential. Durch solche alternativen Allianzen mit anderen Wirtschaftsräumen können langfristig einseitige Abhängigkeiten beendet und Lieferkettenrisiken reduziert werden. Der erfolgreiche Abschluss des Abkommens liegt daher im strategischen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interesse Hessens. Es stärkt Frankfurt als Finanz-, Logistik- und Luftfracht drehkreuz; es senkt Zölle und Bürokratieaufwand für die erfolgreichen mittelständischen Spezialanbieter („Hessen-Champions“) und sichert Arbeitsplätze in den stark exportorientierten Branchen Maschinenbau, Chemie, Pharma und der Automobilzulieferung. Dabei unterstreicht der Landtag die Notwendigkeit, dass Freihandelsabkommen Garantien für soziale Rechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards und für deren demokratische Weiterentwicklung enthalten.

4. Der Landtag betont, dass Europa gerade in Zeiten geopolitischer Anspannung zu wirtschaftlichen Allianzen und regelbasierten Partnerschaften jenseits klassischer Machtblöcke fähig bleiben muss. Der Landtag bedauert, dass sich nicht alle demokratischen Kräfte dieser geopolitischen Bedeutung bewusst sind. Das MERCOSUR-Abkommen bietet viele strategische Vorteile und gewährleistet zukünftig die Zusammenarbeit mit zuverlässigen und berechenbaren internationalen Partnern. Gleichzeitig schützt das Abkommen mit verankerten Mechanismen die europäischen Märkte sowie die heimische Landwirtschaft vor übermäßigen Belastungen und Marktverwerfungen. Durch vereinfachte Zollverfahren, sensible Importbegrenzungen und unbürokratische Exportverfahren werden einheitliche und zugleich flexible Rahmenbedingungen geschaffen, um Handel und Wertschöpfung sowohl in der Europäischen Union als auch im MERCOSUR-Raum auszubauen. Der Landtag hofft, dass die Europäischen Union in Zukunft auch mit anderen Staaten in zügigen Verhandlungen zu ähnlichen Freihandelsabkommen gelangen wird.
5. Der Landtag erkennt zugleich die bestehenden Herausforderungen für die europäische Landwirtschaft an. Die hessischen Landwirtinnen und Landwirte leisten mit der Produktion regionaler Lebensmittel und dem Schutz der Natur und Kulturlandschaft wesentliche Beiträge für unser Land. Die mit der teilweisen Öffnung der Agrarmärkte verbundenen Sorgen nimmt der Landtag daher sehr ernst und betont, dass negative Folgen für die bäuerlichen Betriebe vermieden werden müssen. Er erkennt an, dass das Abkommen wichtige Ansatzpunkt für den Schutz der europäischen Agrarmärkte enthält. So können Importbegrenzungen für zollfreie Güter und landwirtschaftliche Erzeugnisse sicherstellen, dass heimische Wertschöpfungsketten geschützt werden und keinem unverhältnismäßigen Preisdruck ausgesetzt sind. Insbesondere in der landwirtschaftlichen Erzeugungskette muss so verhindert werden, dass es zu Verdrängungseffekten kommt. Dafür sind die Einhaltung der im MERCOSUR-Abkommen implementierten engen Importkontingente auf eine Vielzahl von Agrarprodukten und die Mechanismen zur Abwehr von Preisverfällen konsequent anzuwenden.
6. Der Landtag stellt fest, dass für faire Wettbewerbsbedingungen die konsequente Durchsetzung der geltenden EU-Produkt- und Qualitätsstandards von zentraler Bedeutung ist. Diese Standards dienen nicht nur dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern sichern auch eine hohe Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und gewährleisten zugleich, dass landwirtschaftliche Betriebe in der Europäischen Union weiterhin unter fairen und verlässlichen Rahmenbedingungen wirtschaften und sicher produzieren können. Insbesondere muss in der Ausführung des Abkommens sichergestellt werden, dass auch die importierten landwirtschaftlichen Produkte diesen Standards uneingeschränkt unterliegen und unsere Landwirtschaft keinem unfairen oder unlauteren Wettbewerb ausgesetzt wird. Auf diese Weise wird die europäische und somit auch die hessische Ernährungssicherheit nachhaltig gewährleistet und die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft langfristig abgesichert.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Januar 2026

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tobias Eckert**